



Tagesfrage heute

Würden Sie öffentliche Gerichtsverhandlungen im Live-Stream mitverfolgen?

A Ja B Nein

Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

- www.aargauerzeitung.ch
- www.basellandschaftliche.ch
- www.bzbasel.ch
- www.grenchertagblatt.ch
- www.limmattalerzeitung.ch
- www.solothurnerzeitung.ch

oder schicken Sie ein SMS mit aztfa für «Ja» oder aztfb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

Ergebnis letzte Tagesfrage

Berlinbesuch: Ist Barack Obama der bessere Kennedy?



VIDEO DES TAGES



SNB-Präsident Thomas Jordan äussert sich zum Mindestkurs.

Presseschau

Neue Zürcher Zeitung

«Lex USA» I Einig waren sich Befürworter und Gegner der «Lex USA» einzig darin, dass die Problemlage höchst ärgerlich, für den hiesigen Finanzplatz so oder so schädlich und für die Schweiz insgesamt ganz und gar unerfreulich ist. [...] Wie weiter? Vor allem müssen die massgebenden Akteure des schweizerischen Finanzplatzes wieder lernen, eigenverantwortlich zu handeln. Begangene Fehler lassen sich nicht länger mit einem Bittgang ins Bundeshaus abfedern.

ST. GALLER

TAGBLATT

«Lex USA» II Die hässliche Phase der Auseinandersetzung mit den USA steht noch bevor. Die USA werden wie gewohnt ohne Rücksicht auf Gesetze anderer Länder ihre Auffassung durchboxen. Die Schweiz wird, unter welchem Titel auch immer, das eigene Recht über die Schmerzgrenze hinaus verbiegen, um den Schaden der amerikanischen Erpressung einzugrenzen. [...] Für die Zukunft des Rechtsstaats muss sich die Schweiz dringend Gesetze und Spielregeln zulegen, die sie auch gegen aussen durchsetzen kann.

Das Wetter heute

14° 23°



Gastbeitrag zu den Ursprüngen und Begleitumständen einer Schweizer Institution

Nachruf auf das Bankgeheimnis



Georg Kreis

Der Autor ist emeritierter Professor für Allgemeine Geschichte und Schweizer Geschichte der Universität Basel.

Historiker ist es zu zeigen, was und wie sich die Welt verändert und einiges dabei gleich bleibt, kurz: Überblick zu schaffen und weiterzugeben.

DAS GEDÄCHTNIS der Historiker kann auch – ein wenig – dem Mythos entgegenwirken, dass das Bankgeheimnis zum Schutze verfolgter Juden eingerichtet worden sei. Das ist allerdings eine dreissig Jahre nach 1934 vorgenommene Vergoldung, die nicht zufällig zustande kam, als die Schweizer Banken von aussen unter Druck gerieten. Verfolgte Juden mögen davon etwas profitiert haben, auch wenn dann nachrichtenlose Vermögen in den Banken teilweise verschwanden. Der Ausbau des Bankgeheimnisses von 1934 war indessen die Folge einer enormen Schwarzgeldaffäre mit Geldern aus dem französischen Nachbarland.

ZU DIESEM ÜBERBLICK gehören auch Hinweise, dass benennbare Akteure vollmundig erklärt haben, dass nie geschehen wird, was inzwischen offensichtlich eingetreten ist. Und es gehören Hinweise dazu, die daran erinnern, dass das Bankgeheimnis im Bedarfsfall auch ohne Gesetzesänderung gebrochen worden ist, 2009 etwa, als 250 Kundendaten an die USA ausgeliefert wurden, damit eine Grossbank ihrer Lizenz nicht verlor. Zum Erinnerungsmaterial darf auch gehören, dass eine SP-Initiative, die grosso modo die künftige Lösung schon vor dreissig Jahren vorgeschlagen hatte, im Mai 1984 mit 73 Prozent Ja-Stimmen vom «Volch» wuchtig verworfen worden ist. Nicht auf historische Expertise beruht eine immerhin die Zeitlichkeit betreffende Vermutung, dass viele Verteidiger der alten Ordnung wussten, dass das auf «Ewigkeit» gebaute Geheimnis ein Geschäftsmodell mit zwar unbekanntem, aber doch einmal eintretendem Ablaufdatum sein wird. Das war aber kein Grund, es aufzugeben, solange es etwas einbrachte.

HISTORIKER BETREIBEN nicht nur eine Vergangenheitswissenschaft. Denn diese hat immer sehr viel mit Zukunftsperspektiven zu tun. In dieser Hinsicht kann man die Prognose wagen: Die Schweiz wird nicht zusammen mit dem Bankgeheimnis untergehen. Man spricht gerne von «letzten Kapiteln», doch das Buch der Geschichte hat noch viele unbeschriebene Seiten. Es bestehen Chancen, dass, anstelle des Mythos Bankgeheimnis, als sehr berechtigtes Image in die Welt ausstrahlen wird, dass die Bankinstitute der Schweiz exzellente Dienstleister sind.

VOM NUN VIELLEICHT wirklich gestorbenen Bankgeheimnis ist schon früher, ebenfalls in der Flut der täglichen Pressemeldungen, gesagt worden, dass es tot sei. Oder dass es – in einer verharmlosenden Variante – durchlöchert sei wie ein Schweizer Käse.

WENN ES GESTORBEN IST, muss es einmal zur Welt gekommen sein. Dies sicher nicht 1291 und nicht auf dem Rütli, auch wenn es Karikaturen mit Bankern gibt, die nach dem klassischen Vorbild mit der Hand in den Himmel den Schwur des ewigen Widerstands ablegen. Sicher hat es das Berufsgeheimnis wie in anderen Metiers, den Ärzten und Pfarrern, schon lange gegeben. Das spezifische Bankgeheimnis ist in einem Gesetzesartikel 1934 geschaffen worden. Auf Wunsch der Banken wurde der Geheimnisverrat (vor allem der eigenen Bankangestellten) vom Staat zum Offizialdelikt erhoben. So, wie jetzt wiederum auf Wunsch der Banken, diese Bestimmung lahmgelegt werden soll. Eine der Aufgaben der

Gastbeitrag zu den Risiken, wenn Amateure Banken beaufsichtigen

(V-)Erklärungen zu Kantonalbanken



Peter V. Kunz

Der Autor ist ordentlicher Professor für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Bern.

nalkonten gibt (ohne Solothurn und Appenzell Ausserrhoden), und dass drei Kantone die frühere Staatsgarantie aufgehoben haben (Genf, Waadt und Bern).

KANTONALBANKEN werden, selbst Anfang des 21. Jahrhunderts, von einem verklärenden Mythos umgeben, nicht nur bei Politikern, sondern auch bei «normalen» Bürgern. Doch die Wahrheit schaut anders aus: Kantonalbanken sind weder besser noch schlechter als die übrigen knapp 300 Banken in der Schweiz. Umso mehr muss deshalb erstaunen, dass nach wie vor breite Bereitschaft in den Kantonsbevölkerungen besteht, die Staatsgarantie nicht infrage zu stellen. Solche Garantien bergen nicht allein finanzielle Risiken, sondern führen zu ökonomischen Marktverzerrungen gegenüber der Banken-

konkurrenz. Grösste Anomalie und kaum zu rechtfertigender Anachronismus ist jedoch die politische «Kontrolle» bei Kantonalbanken. Dass kantonale Parlamente bei komplexen Bankgeschäften meist überfordert sind, dürfte niemanden überraschen. Dass die Parlamentarier die Bankräte (also: Verwaltungsräte) von Kantonalbanken nach parteipolitischen und nicht nach fachlichen Gesichtspunkten besetzen, erscheint hingegen als grob fahrlässig – und keine einzige politische Partei hat sich in irgendeinem Kanton jemals dagegen ausgesprochen.

GERNE WIRD BEI privaten Banken von Politikern, die sich dazu eigentlich nicht zu äussern hätten, eine strenge «Corporate Governance» gefordert (Kontrolle, Unabhängigkeit, Professionalität et cetera). Doch ganz anders geht es dann bei «Staatsbanken» zu. Bankratsmandate werden seit Jahrzehnten in vielen Kantonen als politische Pfründen behandelt – ein Dankeschön für langjährige Politiker und eine indirekte Finanzierungsquelle der Parteikasse(n).

ES GEHT MIR NICHT DARUM, Bankräten von Kantonalbanken guten Willen oder persönliche Integrität abzusprechen. Doch fachliche Qualifikationen müssten vorgehen, und zwar ohne politisches «Wenn und Aber». Etwas anderes ist – gerade bei Staatsgarantien – eine politische Verantwortungslosigkeit. Dass sich unsere (Amateur-)Politiker nicht für Professionalisierungen interessieren, lässt Schlimmes für die Zukunft befürchten. Ein Problem für unser Land sind nämlich nicht allein «Abzocker», sondern auch «Amateure»!

Dohner



Abpiff für den Escort-Service

■ Überraschung macht geschwätzig. «Wie aus dem Nichts» seien die Proteste in Brasilien ausgebrochen, schreibt die NZZ diese Woche. Die Korrespondenten in Rio de Janeiro, São Paulo, Ankara oder Istanbul – alle sind sie bass erstaunt. Und sitzen doch an Ort und Stelle, um «die Stimmung aufzunehmen». Sowohl die Türkei wurde in den letzten Jahren auf «hip», jung und dynamisch gepimpt als auch Brasilien. Vorher Tel Aviv, Singapur und Dubai. Nun entpuppt sich vieles als das, was es im Grunde war: neoliberale Propaganda.

Um die Legal-halblegal-scheiss-egal-Vulgarität ihrer Geschäftshuberei zu verschleiern, förderte die weltweit computervernetzte Plutokratie den Massenpiss und erfand die Lifestyle-Hysterie. Verlinkt mit dem dümmlich-quickenden «Like-it»-Wahn, hat seither Hinz und Kunz ein Speedgealantes Fieber erfasst, keinen Trend zu verschlafen. In stets schnellerer Kadenz werden wir angefixt mit Hotspots künstlichen Pläsiers: schwimmende Discos, Shangri-Las fürs Last-minute-Leben. Als fettestes Halluzinogen erwies sich indes der Sport: Fifa-Fussball und IOC-Olymp.

Die Zeichen stimmen überein: Überall, wo moderne Grosskotsucht besonders süffisant Raum plattwalzt, gibts Zoff. Wars nur ein Konsumtempel auf dem Taksim? Waren es die paar Reales für den Bus in São Paulo? In den Protzstadion begann gerade der Confederations Cup: Flutlicht für den überzüchteten Zauber. Also rannten jene auch dagegen an, denen lebenslange Verbannung im Schatten droht. Jene, die bis in alle Ewigkeit die Nase plattdrücken dürfen am teuren Escort-Service des Sports. Nicht länger schlucken sie die Chügeli einer Dealerclique, die überall gleich aufgedunsen grinnt.

«Korrupt!» Das gleiche Wort in Rio oder Istanbul schmäht nicht bloss notorische Bestechlichkeit. «Korrupt» zielt tiefer und meint «verderbt». Es sind junge Demonstranten verschiedener Gesinnung, mit meist guter Bildung, hier wie dort. Sie durchschauen die gezinkte Partie. Sie pfeifen, als wahre «Confeds», dieses Spiel bald ab.

max.dohner@azmedien.ch

Die Gastautoren

Andreas Glarner (Grossrat SVP/AG) und Cédric Wermuth (Nationalrat SP/AG)

Katja Gentinetta (Publizistin/Moderatorin) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP/BL)

Sebastian Frehner (Nationalrat SVP/BS) und Susanne Hochuli (Regierungsrätin Grüne/AG)

Peter Hartmeier (Publizist) und Kurt R. Spillmann (Prof. em. für Sicherheitspolitik)

Anita Fetz (Ständerätin SP/BS) und Christian Wanner (Regierungsrat FDP/SO)

Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz, Grossrätin AG) und Hans Egloff (Nationalrat SVP/ZH)

Georg Kreis (Prof. em. für Geschichte) und Peter V. Kunz (Prof. für Wirtschaftsrecht)

Pirmin Bischof (Ständerat CVP/SO) und Christine Egerszegi (Ständerätin FDP/AG)

Kenneth Angst (Publizist) und Oswald Sigg (ehem. Bundesratspräsident)